

Saskatchewan Courier

THE "SASKATCHEWAN COURIER"
is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price \$1.00 in advance.
P. O. Drawer 105. Telephone 67.

1819 Scarth-Str., Zimmer 104

Organ der Deutschen Saskatchewan.

1819 Scarth Str. Rdom 104

3. Jahrgang

Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 6. März, 1912.

No. 19.

Vom Provinzial-Parlament

Unter den in der letzten Woche im Parlament der Provinz Saskatchewan zur Beratung gekommenen Gesetzesvorlagen sind in allererster Linie die Regierungs-Anträge auf Jinsgarantie für weitere Zweigbahnen der G. T. P. und C. N. P. zu erwähnen. Beide Bahngesellschaften haben für den Bau und die Verhaltung der neuen ausliegenden Zweigbahnen, welche ganz innerwärts dieser Provinz liegen, eigene neue Tochtergesellschaften ins Leben gerufen, nämlich die Grand Trunk Pacific Saskatchewan Railway Co. und die Canadian Northern Saskatchewan Railway Co., deren Anträge dem Parlament zur Bewilligung vorliegen.

Die neuen Linien, für welche die Jinsgarantie beantragt wurde, betreffen sich auf zusammen 850 Meilen, so daß mit den bereits früher genehmigten 1055 Meilen solcher garantierten Linien im Ganzen 1905 Meilen Jinsgarantien in dieser Provinz entweder bereits gebaut oder in Aussicht sind. Dies schließt nicht die Zweigbahnen der C. P. R. ein, für welche die Provinzial-Regierung keine Jinsgarantie übernommen hat, da ja diese Gesellschaft durch die ihr 1.3. vom Dominion gewährten Landbesitzungen selbst schon ein genügendes Interesse an Bau von Zweigbahnen hat.

Die der Gesetzesvorlage beigegebenen Antworten sind die folgenden Erweiterungsarbeiten:

Grand Trunk Pacific Zweigbahn-Gesellschaft.

Plagar - Calgary Linie - weitere 50 Meilen im Anschluß an die bereits gebauten 50 Meilen.

Außerdem wird für Erweiterungen irgend welcher anderer Zweigbahnen der Gesellschaft bis zu je 40 Meilen die Jinsgarantie übernommen.

Grand Trunk Pacific Saskatchewan Railway Co.

Eine Bahnlinie von 95 Meilen von einem Punkt in oder bei der Stadt Saskatoon, in westlicher und nordwestlicher Richtung nach der Stadt Battleford.

75 Meilen von einer Bahnlinie von einem Punkt in oder bei der Stadt Watrous in südwestlicher Richtung durch oder nahe der Stadt Swift Current nach der Internationalen Grenze.

50 Meilen einer Linie von einem Punkt der von Regina nach der Internationalen Grenze im Bau befindlichen Bahn in Township 9 oder 10, durch oder bei Woodburn laufend, und von dort südwestlich und westlich nach einem Punkt an der Westgrenze der Provinz in einer der Townships 2 bis 5 einschließend.

Eine Zweigbahn von 75 Meilen von einem Punkt in oder bei der Stadt Melville, in nördlicher, nordwestlicher und westlicher Richtung nach oder in der Richtung auf die Stadt Watrous.

Canadian Northern Saskatchewan Railway Co.

Eine 35 Meilen Linie von einem Punkt in oder bei Township 26, N. 8 west von 2. Meridian in allgemein südlicher und südwestlicher Richtung.

45 Meilen einer Linie von einem Punkt an dem Kohlenberg Jovica der C. N. P. in oder bei Township 26, Range 32 west von 2. Meridian in allgemein westlicher Richtung durch die Stadt Parkton.

Eine 45 Meilen Linie von einem Punkt der Prince Albert - Denbigh Linie der C. N. P. in oder bei Shellbrook, von dort in allgemein westlicher Richtung als Verbindung mit der Jack Fish Zweiglinie der C. N. P.

Eine 45 Meilen Linie von einem Punkt in oder bei Lampman an der Morrisfield Zweiglinie der C. N. P. in allgemein nördlicher Richtung zu einem Punkt an der Brandon - Regina Linie der C. N. P.

Außerdem sind weitere Erweiterungen, die zur Länge von je 50 Meilen, von anderen Linien der Gesellschaft.

Canadian Northern Railway Co.

Eine weitere Verlängerung von 60 Meilen der Morrisfield Zweiglinie dieser Bahn. Von dieser Zweiglinie sind bisher 184 Meilen in Betrieb, weitere 75 Meilen sind gebaut, und die jetzt geplanten 60 Meilen werden eine Fortsetzung der bisher gebauten Linie in allgemein westlicher Richtung bilden.

Eine weitere 30 Meilen Verlängerung der Morrisfield - Jack Fish Linie, von der fünfjährigen Morrisfield, in

allgemein nordwestlicher Richtung. Eine Eisenbahn-Linie von einem Punkt in oder bei Township 13, N. 5, west von 2. Meridian in südwestlicher und westlicher Richtung, auf New Warran zu, für eine Entfernung von 35 Meilen.

Von einem Punkt an der Tumbler Hill Zweiglinie der C. N. P. hundert Meilen von der Südgrenze der Provinz gelegen, in allgemein westlicher Richtung, für eine Entfernung von 40 Meilen.

Außerdem ist für alle Linien der Gesellschaft, welche dieselbe neben den erwähnten zu bauen beabsichtigt, eine Jinsgarantie für eine Strecke bis zu je 40 Meilen vorgeseh.

Zweit diese Voranschläge geben, liefern sie einen schlagenden Beweis dafür, daß die Scott-Regierung die von ihr in Aussicht genommene Eisenbahn-Politik, die Vollzugsfähigkeit durch Jinsgarantien zum weiteren Ausbau der Provinz zu veranlassen, auch für die Zukunft festhalten entschlossen ist. Die Anwesenheit jedoch der Scott-Regierung in der Opposition in der Legislatur bei Gelegenheit der Beratungen über diese Garantien ist gleichzeitig eine Bestätigung der Ansicht der liberalen Partei, daß die Regierung in dieser ihrer Eisenbahn-Politik die gesamte Bevölkerung der Provinz hinter sich habe.

Auch die übrigen Verhandlungen der letzten Woche haben der Opposition wenig Veranlassung gegeben, der Regierung in ihren verschiedenen Vorlagen Widerstand zu leisten, und waren daher die Debatten wenig belebt; die Anträge, meist lokal oder privaten Charakters, wurden anstandslos angenommen, was wiederum dafür Zeugnis ablegt, daß die Scott-Regierung die Zeit des Parlaments zu erster, schaffender Arbeit ausnützt, die der Provinz zu Nutzen kommt und die Unterstützung beider Parteien findet.

Zu etwas lebhafteren Debatten bot nur ein von der Opposition eingebrachter Antrag auf Abänderung des Supplementären Revenue Actes Gelegenheit. Dieses Gesetz, welches bekanntlich die von allem Land zu erhebende Steuer von einem Cent auf den Acker für die Zwecke des Erziehungswesens bestimmt, ist den Konventionen stets ein Stein des Anstoßes gewesen, und dieselben haben seit Annahme des Gesetzes vor vier Jahren keine Gelegenheit vorher gesehen lassen, dasselbe zum Ziel heftiger Angriffe zu machen. Der jetzt eingebrachte Antrag der Opposition bezweckt, alles Land von der Steuer zu befreien, welches entweder in einem organisierten Schul-Distrikt liegt, als heimlicher Land, oder unter Weidewirtschaft gehalten wird, oder welches zu einer Acre von nicht mehr als 160 Acre gehört, die von einem Bewohner bewohnt wird. Die Vorlage wurde nach lebhafter Debatte auf Antrag der Regierung auf sechs Monate zurückgeschickt.

Die Redner der Opposition behaupteten, daß zur Zeit der Vorlage des Gesetzes Premier Scott verprochen haben soll, daß die aus den Einnahmen der Steuer den einzelnen Schul-Distrikten zuzuführenden Zuschüsse sich auf über \$200 mehr belaufen würden, als der betreffende Distrikt zu dieser Steuer beisteuern würde, während die Zuschüsse diesen verprochenen Betrag nicht erreicht hätten, obgleich 88 Prozent der Einnahmen aus der Steuer an landliche Schulbezirke verteilt werden.

Die Redner auf der Regierungseite, unter ihnen namentlich die Herren Hon. W. H. Rotherwell, Geo. Langen, Dr. J. W. McKel, G. A. Johnston und George Bell, legten dar, gegen klar, daß die angeführten Zahlen keineswegs ein Versprechen des Premierministers enthielten, sondern lediglich einen Vorschlag der Wirkung des Gesetzes bedeuteten; und am Ende sei dies auch nicht der Hauptpunkt, der für die Wirksamkeit des Gesetzes angeführt werden könne, sondern dieser sei in dem Umstand zu finden, daß das Gesetz den Schul-Distrikten mehr Geld zugeführt habe, als von ihnen beigetragen worden sei. Die Beträge, welche die Distrikte aus den Einnahmen der Supplementären Revenue bezogen, wären von Jahr zu Jahr im Wachsen begriffen, und dies solle zu der Annahme berechtigen, daß binnen kurzem der Zustand, wie er vom Premierminister vorausgesetzt war, erreicht werden wird.

Herr Rotherwell charakterisierte die ganze Vorlage der Opposition als

Au unsere werten Leser!

Wir danken allen unseren werten Lesern, die ihr Abonnement bereits erneuert haben, für die freundliche und prompte Einzahlung ihrer Abonnementgelder. Sehr viele unserer Leser sind ihren Verpflichtungen unmaßgebend und pünktlich nachgekommen, manche jedoch haben es unterlassen, ihr Abonnement zu erneuern.

Der "Courier" hat es sich zur Aufgabe gestellt, die Zeitung immer noch mehr zu verbessern und durch Anschaffung neuer Maschinen zu vergrößern. Wir möchten und müssen auch unsere Verpflichtungen und Verbindlichkeiten nachkommen und brauchen daher, wie jedes andere Geschäft, sehr notwendig Geld.

Deshalb richten wir an unsere Leser die herzlichste Bitte, uns bei unserem Unternehmen freundlich unterstützen zu wollen, indem sie uns ihre rückständigen Abonnementgelder innerhalb der nächsten Wochen, entweder in fog. Postal Notes, Money oder Express Orders oder in registrierten Brief einschicken. Für jeden einzelnen Leser macht der eine Dollar nicht viel aus, für uns bedeuten viele Dollars jedoch eine große Summe.

Leitungen werden wir, um Kosten und Arbeit zu sparen, nur in Einzelfällen noch ausgeben. Das Datum und die Jahreszahl auf dem gelben Zettelchen auf jeder Zeitung zeigt an, bis wann Zahlung bezahlt ist. Wenn der Zettel innerhalb zwei Wochen nach Zahlung des Betrages nicht geändert ist, so wollen man uns sofort davon zwecks Nichtigstellung benachrichtigen.

Empfehle auch den "Courier" Euren Freunden und Bekannten, die ihn noch nicht haben, unterrichtigt auch unsere Redakteur durch Einbringung von guten Neuigkeiten und Nachrichten aus deutschen Kreisen.

Hoffend, für diesmal keine Reklambitte getan zu haben, begrüßen wir alle unsere Leser aus freundschaftlicher und verbleiben

The Sask. Courier Publ. Co., Ltd.
per Fritz Bringmann, Manager.

ein Wanders für Wahlkampfwende, und er fuhr fort: Er könne sich schon die Herren von der Opposition ausmachen, wie sie in der Wahlkampagne ihren Harn vorzählten, daß diese Steuer von einem Cent nur die dinstweilige des Acker direktversteuerung sei, und daß das Hugelveränderungsgesetz die Steuern auf 5 Cents per Acre erhöhe. Auch führte er aus, daß mit den vorgeschlagenen Ausnahmen das Einkommen der Steuer, und damit auch die Zuschüsse an die Schulbezirke, verringert werden würde, und daß die Schulen schließlich darunter zu leiden haben würden. Die Vorlage wurde darauf mit 22 gegen 13 Stimmen auf sechs Monate verlegt, mit anderen Worten "aufgeschoben".

Vorbereitungen zum Wahlkampf.

Daß beide Parteien unserer Provinz eine Neuwahl zur Legislatur für die baldige Zukunft voraussehen, geht aus dem Umstände hervor, daß die Konventionen zur Aufstellung von Kandidaten in den verschiedenen Wahlkreisen sich in letzter Zeit zu drängen beginnen. Namentlich sind die Konventionen sehr eifrig bemüht, ihre Streiter rechtzeitig im Felde zu haben, während die Liberalen entschieden die bevorstehende Neueinteilung der Wahlkreise auszuarten scheinen, um sie auf allen wichtigen Posten zu besetzen. In's Feld stellen, konventionen Konventionen sind in letzter Woche in Regina, North und Francis Kreise abgehalten.

In Regina, wo die Verammlung der Anhänger Hamilton's am Donnerstag in der City Hall abgehalten wurde, hatte man Einladungen über die ganze Stadt ausgeföhrt, nach denen man annehmen mußte, daß dies eine öffentliche Verammlung sein sollte. Aber nun aber auf Grund dieser Einladung in der City Hall erschienen, dem wurde am Eingang zum Saal eine war ziemlich unerschrocken aussehende Karte im Einzeichnung seines Namens und seiner Adresse vorgelegt, welches Kardien sich bei näherer Betrachtung als eine Berufigung herausstellte, die konservative Partei und ihren Kandidaten zu unterstützen. Niemand wurde zugelassen, der diese Karte nicht unterschrieben, selbst nicht einmal die Vertreter der Presse, die man doch sonst bei derartigen Veranstaltungen... schäft. Auf dieser also Lyralogen verfaßten gehaltenen Verammlung wurde eine ganze Anzahl von Namen vorgeschlagen, doch fiel die Wahl schließlich auf den Rechtsanwalt J. J. A. Embury von Regina. Unseren Deutschen in Regina dürfte dieser Herr, trotz seiner Majorität von 95. Witz Regiment und seiner, manchmal etwas überhöhten Redefähigkeit, kaum als ein annehmbarer Kandidat erscheinen, wenn sie sich daran erinnern, daß es derselbe Herr war, der bei Gelegen-

Neue Wirren in China.

In Peking ist es zu einer blutigen Meuterei unter den Truppen Jansschais gekommen, der sich zahlreiche Polizisten, Aufriss und Bagadonen anschlossen. Die Häuser der Meutenden wurden geplündert und dann in Brand gesetzt. Hunderte von Leuten bedeckten die Straßen. Veranlaßt wurde die Revolte zunächst wohl dadurch, daß den Soldaten seit langem mit sehr spärlicher Sold ausgezahlt werden konnte. Dann aber scheint die Meinung, daß Jansschai dem Ersuchen der Nationalversammlung folgen und sich nach Peking begeben müßte, beunruhigend gewirkt zu haben. Man versteht nun, warum sich Jansschai bisher so entschieden gegenwart hat, Peking zu verlassen. Er wollte, daß sein Verbleiben in der Hauptstadt vorderhand nötig war, um Unruhen zu verhindern. Wie groß sein Einfluß auf die früheren scheidenden Truppen noch ist, zeigt sich dadurch, daß die Meuterei vor dem Gebäude des Ministeriums des Reichers, in dem der neue Präsident wohnt, halt machten und den Präsidenten unbehelligt ließen. Den Meutenden, die ihn drängten, vor den Meutereien zu fliehen, entgegnete er in aller Ruhe: "Ich werde hier bleiben."

Direkte Angriffe auf die Fremden unterblieben. Diese hatten sich aber gegen die aus blühende abgedroschenen Augen der wütenden Soldaten und vor den Klammern zu schlingen und fudten Schutz in den Geschäftsbaukäben, die von den fremden Truppen besetzt und zum Teil auch gegen Angriffe durch umschleichende Wanden gerüstet sind, bis an die amerikanischen Negation, die erst in letzter Zeit und zwar auch nur durch Stahlschicht und Sandziegel geschützt wurde. Die Missionsgebäude, deren Tjfallen überaus mit Gewehren und Munition versehen sind, blieben bis jetzt verschont. Niemand kann aber voraussehen, ob nicht plötzlich der Fremdenhaß ausbricht. Die anwesenden Mächte werden deshalb auch auf der Hut sein und die Schutztruppen ihrer Negationen möglichst schnell zu verläufen lassen.

China ist offenbar über seine Wirren noch nicht hinaus, und darum besteht die Gefahr weiter, daß es infolge innerer Zerrissenheit verdrückt und daß seine anliegenden Provinzen eine Reihe fremder landgerichtiger Mächte werden. Daß diese Befürchtung besteht, beweist ja die von unserem Staatssekretär kürzlich an die Mächte gerichtete Note, worin er sie auffordert, sich solidarisch zu verpflichten, die Integrität und Souveränität Chinas zu achten und an einer Politik des gemeinsamen Handelns zu denken, wenn eine Intervention nötig werden sollte. Durch ein gemeinsames Vorgehen nach eingehender Beratung ist am allerbesten die Möglichkeit jenseitiger Mißverständnisse auszuschließen. Fast alle Mächte haben auch ihre Zustimmung zu dieser Politik ausgedrückt.

Es ist das in aller Aufrichtigkeit gesagt, aber es ist allerdings zweifelhaft, ob diese Politik wirklich bei den Deutschen und die Ver. Staaten, beide Regierungen haben das bestmögliche diplomatische Schriftstück der Öffentlichkeit übergeben, und man muß daraus schließen, daß damit sehr bestimmte Zwecke verfolgt werden. Nicht unklar wird in dem Dokument nicht unmerklich beabsichtigter Häufigkeit von der Einmütigkeit, dem vollen Einklang der Mächte, von ihrem gemeinsamen Vorgehen und ihrer allgemeinen Hebrerzimmung gesprochen, und deren günstige Rolle dargestellt. Vielleicht soll die Veröffentlichung eine nachdrückliche Warnung für gewisse Mächte bedeuten, die im Besitz sind, sich in China Zander Vorteile zu verschaffen. Vielleicht will man sie rechtzeitig daran warnen, daß mindestens die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Deutschland sich einen solchen Bestreben widersetzen müßten.

Man weiß, daß Ausland schon dabei ist, die Mongolei zu einem russischen Protektorat zu machen. Japan hat sich in der südlichen Mandchurie festgelegt. Und jetzt übertrifft die die Voraussetzung, daß die englische Regierung sich eine "Einflußnahme" in einem anderen chinesischen Aufstehende, in Tibet, sucht. Von der Nat-

Grenzerweiterung Manitoba's.

Am 27. Februar brachte der Dominion Premier-Minister im Parlament zu Ottawa seinen lang erwarteten Antrag betreffend die Grenzerweiterung der Provinz Manitoba sowie die aus diesem Anlaß an die genannte Provinz zu zahlenden Subsidien ein. Die Verhandlungen über die Annahme der Regierungs-Vorlage im Hause haben noch nicht begonnen, und die Ankündigung der Resolution wird sozusagen erst eine Einleitung des kommenden Rednerkurses, aber aus dieser vorläufigen Ankündigung läßt sich gut ablesen, daß die Regierung eine starke Trumpfkarte für die Annahme ihrer Vorlage in Händen hält. In erster Linie hat sie die Borden-Regierung die Zustimmung der Manitoba-Regierung zu ihrem Erweiterungs-Vorschlag zugesichert, der, soweit die Grenzfrage in Betracht kommt, mit dem von der Manitoba-Regierung anbotenen Vorschlag übereinstimmt, welches Angebot von Manitoba letztendlich zurückgewiesen worden war, solange Laurier am Ruder war.

Zweitens hat die Ontario-Regierung sich zum Verzicht ihrer Ansprüche auf einen Teil der Hudson's Bay bereit finden lassen, und begnügt sich mit der Zurückweisung, im Fall dieser Provinz dies verlangen sollte, eines fünf Meilen breiten Landstreifens von der Ontario-Grenze nach Nelson unter sehr Bedingungen, wie sie irgend eine Korporation oder Privatperson auch erlangen könnte, ohne irgend welche Oberhoheits-Rechte über einen solchen Landstrich. Dies ist also ein rein privatrechtliches Angebots für den Fall einer etwa beabsichtigten Eisenbahn-Erweiterung, und um dieser Auspruch innerhalb von fünf Jahren geltend gemacht werden.

Die Frage der Minderheitsrechte in Bezug auf Separat-Schulen ist nicht erwähnt worden, und dürfte die heikle Punkt auch wohl erst bei der zweiten Lesung der Vorlage zur Verhandlung kommen. Es hat aber den Anschein, als ob hierbei die Regierung auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen dürfte, denn aus Quebec liegen Berichte vor, nach denen die konservativen Vertreter jener Provinz mit der leitenden Geistlichkeit Verhandlungen gehabt und daß dieselben ihre Zustimmung zu der Vorlage nur unter der Bedingung erteilen werden, daß die Rechte der Minorität in vollster Weise gewahrt werden. Es hat den Anschein, als ob sowohl die Dominion-Regierung als auch die Manitoba-Regierung ein Aufheben der Manitoba-Schulfrage zu vermeiden, oder zum wenigsten bis auf eine spätere Gelegenheit hinauszuschieben beabsichtigen, doch gehen alle Anzeichen dahin, daß sie einer gründlichen Erörterung dieser heiklen Frage bei der nächsten Vorlage kaum werden entgehen können.

Herr Borden machte bei dieser Gelegenheit die Mitteilung, daß als Endpunkt der Hudson's Bay Eisenbahn mündigend, südlich dort Chaschil gewählt worden sei und wird dort Nelson.

In kurzer, aber äußerst übersichtlicher Rede skizzierte Herr Borden die Einführung seiner Resolution die Vorgesichte der Grenz-Verhandlungen und führte an, daß die Verhandlungen der früheren Regierung mit Manitoba auf Grund der im Juli 1908 angenommenen Resolution, die er verlas, deshalb nicht zum Abschluß gekommen seien, weil man sich über

die endgültigen Einzelheiten nicht habe einigen können. Zwei Jahre lang, so führte er aus, seien die Verhandlungen und Besprechungen zwischen Ottawa und Winnipeg geführt worden, ohne daß man zu einer Einigung gelangt wäre.

Bei Übernahme der Regierung durch die konservative Partei habe er die von seinem Vorgänger angebahnten Verhandlungen wieder aufgenommen und sei bald mit der Manitoba-Regierung zu einem Einverständnis gekommen, obgleich noch mancherlei Einzelheiten bezüglich der schließlichen Ausarbeitung der Erklärung bedürftig hätten. Aber diese Einzelheiten sind nunmehr eine völlige Einigung erfolgt, und er sei daher im Stande, dem Hause die ganze Angelegenheit, sowohl bezüglich der Grenze als auch bezüglich der finanziellen Dinge, vorzulegen.

Die Grenze des der Provinz Manitoba anliegenden Gebietes laut von der nördlichen Ecke des bisherigen Provinz-Gebiets, in nördlicher nördlicher Richtung bis zum Schmittpunkt des zweiten nördlichen Längengrades mit der Höhe der Hudson's Bay, dann entlang der Höhe westlich und nördlich bis zum Schmittpunkt mit dem sechzigsten Breitengrad, dann entlang dem sechzigsten Breitengrad westlich bis zur Chaschane der Provinz Saskatchewan, dann südlich entlang der Grenze von Saskatchewan bis zur nordwestlichen Ecke des bisherigen Manitoba's, Manitoba erhält damit einen Flächenraum, der etwa dem von Saskatchewan gleichkommt.

Auch die Geldentschädigung, welche Manitoba für die Zukunft vom Dominion erhalten wird, ist auf den sechzigsten Breitengrad berechnet, der den Zuschüssen an Alberta und Saskatchewan zu Grunde liegt. Eine wichtige weitere Selbstabgabe an Manitoba, ist auf den Umfang zurückzuführen, daß die Regierung jener Provinz den Standpunkt vertrat, daß die Grenzerweiterung und damit die finanziellen Zuschüsse zur selben Zeit hätten bewilligt werden sollen, als die Provinzen Saskatchewan und Alberta beschlossen worden, und daß demnach die Ottawa-Regierung für diese Lösung zurückgehaltenen jährliche Zuschüsse leisten sollte. Dieser Ansicht hat sich die Dominion-Regierung nicht anschließen können; dagegen sei man bereit, einig geworden, die Zuschüsse als von der Zeit an rückwärts zu betrachten, so daß das Dominion-Parlament durch Annahme der bereits erwähnten Resolution die Ansprüche Manitoba's auf Grenzerweiterung und finanzielle Beiträge anerkannt habe, also vom Juli 1908 ab.

Unter Zugrundelegung dieses Berechnungsmethoden würde Manitoba für das am 1. Juli 1911 begonnene Jahr die Gesamtsumme von \$832,438,86 und für das am 1. Juli 1912 beginnende Jahr die Summe von \$1,351,245,39 erhalten, während die Zuschüsse für die vier Jahre vom 1. Juli 1908 bis 1. Juli 1912 sich auf \$342,000 betragen, also im Ganzen auf \$1,368,600 belaufen.

Das demnach erzielte Abkommen rief in Manitoba große Verwirrung hervor, doch sind auch dort schon Stimmen laut geworden, die eine unumwundene Erklärung bezüglich der Rechte auf Separat-Schulen in dem neuen Teil der Provinz fordern, wie diese im British North America Act, unserer grundlegenden Konstitution, festgelegt sind.

Rebellen erfolgreich.

Marfa, Texas, 1. März. — Mexikanische Rebellen, die am Donnerstag gegen Linnaja fielen, hatten sich von Donnerstag wenige Meilen südlich von der amerikanischen Grenze bei San Antonio ein Gefecht zu beföhren, nachdem ihre Vorhut hatte weichen müssen, Lösung der Konvention der Rebellen, unter Francisco Hernandez und Emiliano Ramirez, die durch Freiwillige verstärkten 85 Mann Arcales nach Linnaja zogen. Es sollen verschiedene Mann getötet sein, und drei verwundet. Mexikanische Kurales wurden auf amerikanischen Gebiet gebracht.

Da man in Linnaja jeden Augenblick einen Angriff der Rebellen erwartet, hat die Einwohnerzahl begannen, die Stadt zu verlassen.